

PA

1210

Médiathèque VS Mediathek



1010809092

PA 1210

Verfassung

des Kantons Wallis

vom 23. Dezember 1852.

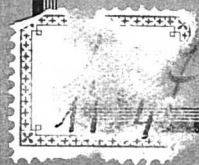


Offizielle Ausgabe.



Sitten,

Druck von Steph. Ganiot





2430

Verfassung

des

Kantons Wallis.

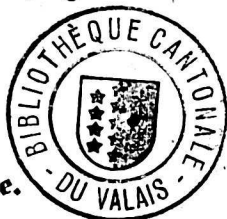


In Namen Gottes des Allmächtigen!



Erster Titel.

Allgemeine Grundsätze.



Art. 1. Wallis bildet einen souveränen und als Kanton der schweizerischen Eidgenossenschaft einverleibten Staat.

Die Souveränität beruht auf der Gesamtheit der Aktivbürger des Kantons.

Die Regierungsform ist eine repräsentative Demokratie.

Art. 2. Die römisch-katholisch-apostolische Religion

PA 1210

ist die Religion des Staates ; der Beistand des Gesetzes ist ihr zugesichert.

Art. 3. Alle Walliser sind gleich vor dem Gesetze.

Im Wallis gibt es kein Vorrecht.

Art. 4. Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Es darf Niemand gerichtlich verfolgt noch verhaftet werden, außer in den durch das Gesetz vorgesehenen Fällen und nach den von demselben vorgeschriebenen Formen.

Art. 5. Das Petitionsrecht ist gewährleistet.

Art. 6. Die Presse ist frei.

Das Gesetz bestraft die Mißbräuche derselben.

Seine Verfügungen können nicht voregreiflich sein.

Art. 7. Das Recht freier Niederlassung, die Handels- Gewerbs- und Kunstfreiheit sind allen Wallisern gewährleistet.

Das Gesetz regelt die Ausübung dieser Rechte.

Art. 8. Der öffentliche Unterricht ist unter die Aufsicht des Staates gestellt, unbeschadet der Amts-

befugnisse der Geistlichkeit in Betreff des Religions-
Unterrichtes.

Der Primarunterricht ist verpflichtend.

Art. 9. Niemand darf seinen ordentlichen Rich-
tern entzogen werden.

Art. 10. Der Wohnsitz ist unverletzbar. Es kann
keine Hausuntersuchung vorgenommen werden, au-
ßer in den von dem Gesetze vorgesehenen Fällen und
auf die von demselben vorgeschriebene Weise.

Art. 11. Das Eigenthum ist unverletzbar. Von
diesem Grundsatz kann nur zu einem Zwecke öffent-
lichen Nutzens, oder in den von dem Gesetze vorge-
sehenen Fällen, und mittelst einer vorläufigen ge-
rechten Entschädigung abgewichen werden.

Art. 12. Kein Grundstück kann mit einem ewigen
nicht loskäuflichen Grundzins belegt werden.

Art. 13. Jeder Walliser und jeder im Kanton
ansässige Schweizer ist wehr- und waffenpflichtig.

Das Gesetz regelt den Militärdienst und vertheilt
die Lasten desselben auf eine billige Weise.

Art. 14. Die deutsche und die französische Spra-
che sind als Nationalsprachen erklärt.

Zweiter Titel.

Eintheilung des Kantons.

Art. 15. Der Kanton ist in Bezirke eingetheilt. Die Bezirke werden aus Gemeinden gebildet.

Ein Dekret des Großen Rathes bestimmt die Anzahl und die Umgränzungen der Bezirke und der Gemeinden und bezeichnet die Hauptorte derselben, nach Einvernahme der Betheiligten.

Art. 16. Sitten ist der Hauptort des Kantons und der Sitz des Großen Rathes, des Staatsrathes und des Appellationsgerichtes.

Diese Staatskörper können jedoch ihren Sitz anderswohin verlegen, wenn wichtige Umstände es erheischen.

Dritter Titel.

Politischer Stand der Bürger.

Art. 17. Walliser sind :

- 1) Die Bürger einer Gemeinde des Kantons ;
- 2) Diejenigen denen das Gesetz oder der Große Rath das Kantonsbürgerrecht zuertheilt.

Art. 18. Keiner kann als Gemeinde-Bürger aufgenommen werden, bevor er als Walliser eingebürgert ist.

Es werden in's künftige weder Gemeindegehörige noch beständige Einwohner mehr angenommen.

Vierter Titel.

Öffentliche Gewalten.

Art. 19. Die öffentlichen Gewalten sind folgende:

Die gesetzgebende Gewalt;

Die Vollziehungs- und Verwaltungsgewalt:

Die richterliche Gewalt.

Erstes Kapitel.

Gesetzgebende Gewalt.

Art. 20. Die gesetzgebende Gewalt wird von dem Großen Rathe ausgeübt.

Art. 21. Die Mitglieder des Großen Rathes können während der Sitzungen desselben, und ohne seine Erlaubniß, weder gerichtlich verfolgt noch ver-

haftet werden , es sei denn daß sie über der That ergriffen würden.

Art. 22. Die Gesandten sollen für das allgemeine Beste nach eigener Überzeugung stimmen , sie können nicht an Verhaltungsbefehle gebunden werden.

Art. 23. Die Beschlüsse des Großen Rathes werden durch absolute Stimmenmehrheit genommen.

Er darf nur sofern rathschlagen , als die anwesenden Gesandten die absolute Mehrheit der Gesammtzahl seiner Mitglieder bilden.

Art. 24. Der Große Rath versammelt sich von rechtswegen zu ordentlichen Sitzungen am dritten Montag des Monats Mai und am dritten Montag des Wintermonats.

Er tritt außerordentlich zusammen , wenn er von dem Staatsrath einberufen wird.

Art. 25. Jede ordentliche Sitzung dauert höchstens dreizehn fortlaufende Tage. In Fällen von höherer Wichtigkeit und höherem Interesse kann jedoch der Große Rath, nach vorläufiger Berathung, die Sitzung verlängern.

Art. 26. Die Sitzungen des Großen Rathes sind öffentlich.

Er beschließt die geheime Sitzung, wenn es die Umstände erheischen.

Art. 27. Der Große Rath ernennt alljährlich in der ersten ordentlichen Session, aus seiner Mitte, seinen Präsidenten, zwei Vize-Präsidenten, zwei Sekretäre, den einen für die deutsche, den andern für die französische Sprache, und zwei Stimmenzähler.

Art. 28. Der Große Rath ernennt aus seiner Mitte, oder außer derselben, die Mitglieder des Staatsrathes und des Appellationsgerichtes. Er erwählt unter denselben den Präsidenten und Vize-Präsidenten eines jeden dieser Staatskörper.

Art. 29. Dem Großen Rath stehen folgende Amtsbefugnisse zu:

- 1) Er untersucht die Vollmachten seiner Mitglieder und erkennt allein über die Gültigkeit ihrer Wahl;
- 2) Er genehmigt, ändert oder verwirft die Gesetz- oder Dekretsentwürfe;
- 3) Er bewilliget das Kantonsbürgerrecht;
- 4) Er übt das Amnestie-, Begnadigungs- und Strafmilderungsrecht aus;

5) Er prüft die Amtsführung des Staatsrathes ;

6) Er bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Staates ; untersucht und schließt die Rechnungen und setzt das Inventar des öffentlichen Vermögensstandes fest ;

Sowohl der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben als die Rechnungen werden öffentlich bekannt gemacht.

Das Reglement bestimmt die Veröffentlichungsart ;

7) Er bestimmt den Gehalt der öffentlichen Beamten, so wie auch die nöthige Summe für die Angestellten des Staatsrathes ;

8) Er Ertheilt die Ermächtigung zum Ankauf von Liegenschaften , zur Veräußerung oder Verpfändung der Nationalgüter, und zu den Staatsanlehen ;

9) Er ertheilt die Minenconcessionen und die Ermächtigung selbe auf Drittman zu übertragen ;

10) Er schließt mit den Kantonen und den

auswärtigen Staaten Verträge ab, unbeschadet der sachbezüglichen Bundesverfügungen ;

- 11) Er ernennt zu denjenigen geistlichen Würden und Pfründen, deren Bestellung dem Staate zukömmt ;
- 12) Er wählt, in jeder Maisitzung, die Gesandten auf den schweizerischen Ständerath ;
- 13) Er ernennt auch, auf den Vorschlag des Staatsraths, die Offiziere, die einen höhern Rang, als denjenigen eines Hauptmanns haben ;
- 14) Er übt die souveräne Gewalt in Allem aus, was die Verfassung nicht ausdrücklich einer andern Behörde überträgt.

Art. 30. Der Große Rath kann den Staatsrath einladen, ihm einen Gesetzes- oder Dekretsentwurf vorzulegen. Der Staatsrath hat alsdann die Pflicht, den abgeforderten Entwurf innert der vom Großen Rathe bezeichneten Frist vorzulegen.

Erklärt der Große Rath die Dringlichkeit eines Dekretsentwurfes, so ist der Staatsrath gehalten denselben noch während der Dauer der nämlichen Sitzung vorzulegen.

Art. 31. Die Gesetzes- und Dekretsentwürfe müssen zwei Berathungen unterlegt werden.

Jede Berathung findet in einer ordentlichen Sitzung statt.

Ist die Dringlichkeit eines Dekretes erklärt, so wird die zweite Berathung in der nämlichen Sitzung eröffnet.

Z w e i t e s K a p i t e l

Vollziehungs-und Verwaltungsgewalt,

Art. 32. Die Vollziehungs- und Verwaltungsgewalt ist einem aus fünf Mitgliedern gebildeten Staatsrathе anvertraut.

Zwei derselben werden aus dem Kantonstheile gewählt, welche die wirklichen Bezirke Goms, Brig, Visp, Raron, Leuf, und Sider in sich faßt; einer aus jenen der Bezirke Sitten, Härens und Gundis; zwei aus demjenigen der Bezirke Martinach, Entremont, St. Moriz und Monthey.

Art. 33. Die Amtsbefugnisse des Staatsraths sind:

- 1) Er legt die Gesetzes und Dekretsentwürfe vor;

- 2) Er ist mit der Bekanntmachung und Vollziehung der Gesetze und Dekrete beladen, und erläßt zu diesem Behufe die nothwendigen Beschlüsse ;
- 3) Er sorgt für alle Verwaltungszweige und die Handhabung der öffentlichen Ordnung ;
- 4) Er verfügt über die bewaffnete Macht behufs Sicherung der Ordnung im Innern und im Falle einer Gefahr von Außen .

Er hat die Mitglieder des Großen Rathes über die getroffenen Maßregeln ohne Verzug in Kenntniß zu setzen und wenn es die Umstände erheischen, den Großen Rath einzuberufen ;

Dieser ist unverzüglich einzuberufen, sofern die aufgegebenen Truppen sechshundert Mann übersteigen und das Aufgebot länger als vier Tage dauert.

Der Staatsrath kann nur vom Gesetze organisirte Truppen aufbieten.

- 5) Er unterhält den Verkehr mit den andern Staaten und den Bundesbehörden ;
- 6) Er einberuft den Großen Rath zu außerordentlicher Sitzung , wenn er es für nöthig

errachtet, oder auf ein schriftliches und begründetes Begehren von zwanzig Gesandten;

- 7) Er wählt die Regierungsstatthalter und deren Substituten, die Beamteten, die Angestellten und die Geschäftsführer, deren Ernennung von der Verfassung oder dem Gesetze keiner anderen Behörde eingeräumt ist, und er kann dieselben vermittelst eines mit Gründen belegten Entscheides widerrufen;
- 8) Er überwacht die untergeordneten Behörden und ertheilt Weisungen für alle Verwaltungszweige;
- 9) Er kann die Verwaltungsbehörden, welche sich weigern würden, seine Befehle zu vollziehen, von ihren Amtsverrichtungen einstellen; muß aber dem Großen Rathe, in seiner nächsten Sitzung, darüber Bericht erstatten.

Art. 34. Die Regierung hat in jedem Bezirke, für die Vollziehung der Gesetze und Beschlüsse, einen Vertreter unter dem Namen Regierungsstatthalter und einen Stellvertreter desselben.

Art. 35. Der Staatsrath ist für seine Amtsführung verantwortlich; er erstattet alljährlich Bericht darüber.

Art. 36. Die Staatsrätthe können nicht im Großen Rathe als Mitglieder desselben sitzen. Sie nehmen an dessen Verhandlungen Antheil, haben aber dabei kein Stimmrecht.

Art. 37. Die Verwaltungsstreitigkeiten bilden den Gegenstand eines besondern Gesetzes.

Art. 38. Der Staatsrath theilt sich zur Ausfertigung der Geschäfte in Departemente ab.

Ein vom Großen Rath genehmigtes Reglement bestimmt die Zahl und Amtsverrichtungen derselben.

D r i t t e s K a p i t e l.

Richterliche Gewalt.

Art. 39. Die richterliche Gewalt ist unabhängig.

Art. 40. Jede Gemeinde hat einen Richter und einen Richterstatthalter.

In einem jeden Bezirke ist ein Civil-, ein Correctionel- und Kriminalgericht.

Jedoch ist dem Bezirke Naren gestattet zwei Gerichte zu haben, das eine für den westlichen, das andere für den östlichen Theil.

Es besteht für den Kanton ein Appellationsgericht.

Art. 41. Bis das Gesetz hierüber anders verfügt, wählt der Staatsrath vereint mit dem Appellationsgericht die Mitglieder und die Suppleanten der Bezirksgerichte.

Der Präsident und der Vizepräsident werden von den Mitgliedern und den Suppleanten unter den erstern gewählt.

Art. 42. Das Appellationsgericht besteht aus neun Mitgliedern. Es hat fünf Suppleanten.

Zwei Mitglieder sind aus dem Kantonstheile zu wählen, welcher die Bezirke Goms, Brig, Visp, Naren und Leuck in sich faßt, zwei aus jenem der Bezirke Sider, Sitten, Härens und Gundis, und drei aus jenem der Bezirke Martinach, Entremont, St. Moriz und Monthey.

Die Wahl der übrigen zwei Mitglieder und der fünf Suppleanten bleibt frei gestellt.

Art. 43. Das Gesetz kann die Einrichtung und die Anzahl der Gerichte ganz oder theilweise ändern. Die wirkliche Einrichtung und Zuständigkeit der Gerichtshöfe ist indessen beibehalten.

Fünfter Titel.

Bezirks- und Gemeindeverwaltung.

Erstes Kapitel.

Bezirksrath.

Art. 44 Es besteht in jedem Bezirke ein Bezirksrath.

Der Gemeinderath wählt die Gesandten in denselben, aus seiner Mitte oder außer derselben, im Verhältniß von einem auf dreihundert Seelen Bevölkerung.

Der Bruch von hundert ein und fünfzig wird für ein Ganzes gerechnet.

Jede Gemeinde, welche immer ihre Bevölkerung sein mag, ernennt wenigstens einen Abgeordneten.

Art. 45. Der Regierungsstatthalter oder dessen Stellvertreter führt beim Bezirksrath den Vorsitz mit berathender Stimme.

Art. 46. Der Bezirksrath überwacht die Interessen des Bezirkes; er schließt die Rechnungen ab und vertheilt die diesem zufallenden Lasten unter die Gemeinden.

Er nimmt alljährlich Kenntniß von dem Rechnungsbereichte der Finanzverwaltung des Staats.

Art. 47. Das Gesetz bestimmt die Organisation und die weitem Amtsbefugnisse dieses Rathes.

Z w e i t e s K a p i t e l .

Gemeindeverwaltung

Art. 48. Es besteht in jeder Gemeinde ;

- 1) eine Urversammlung ;
- 2) ein Gemeinderath (Municipalität);
- 3) eine Bürgerversammlung.

Auf Begehren der Bürgerversammlung wird auch ein Bürgerrath gewählt werden.

Art. 49. Die Urversammlung besteht :

- 1) aus den Bürgern ;

2) aus den Wallisern und den seit zwei Jahren in der Gemeinde wohnhaften Schweizern.

Jedenfalls können die Schweizerbürger sich dabei nur in eidgenössischen und Kantonalangelegenheiten betheiligen, das Gegenrecht vorbehalten.

Art. 50. Die Urversammlung ernennt den Gemeinderath, dessen Präsidenten und Vizepräsidenten, den Richter und seinen Statthalter.

Art. 51. Die Bürgerversammlung besteht ausschließlich aus Bürgern, sie ernennt, eintretenden Falls, ihre Räthe, deren Zahl sie festsetzt, und verfügt über die Aufnahme von neuen Bürgern.

Art. 52. Diese Versammlungen berathen, jede in soweit es sie betrifft, über die den Genuß ihres Vermögens oder die Polizei beschlagenden Reglemente, und anderweitige Ortsverordnungen mit Beziehung auf die Veräußerung und Verpfändung ihrer Güter, die Rechtshändel in Appell. Sie nehmen alljährlich Kenntniß von den Rechnungen und der Verwaltung des Rathes.

Art. 53. Der Gemeinderath besteht wenigstens aus drei und höchstens aus siebenzehn Mitgliedern.

Er erläßt die Ortsverordnungen und besorgt deren Vollziehung, wählt seine Angestellten, bestimmt den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben und vertheilt die öffentlichen Lasten.

Art. 54. Der Bürgerrath verwaltet die Güter und überwacht die Interessen der Bürgerschaft, schlägt der Versammlung das Reglement über den Genuß des Bürgervermögens vor, und erstattet alljährlich Rechenschaft über seine Verwaltung.

Art. 55. In den Ortschaften wo kein Bürgerrath besteht, übt der Gemeinderath die Amtsverrichtungen desselben aus.

Art. 56. In den Gemeinden die vier hundert Stimmende zählen und in welchen die Bevölkerung zerstreut ist, können die Ur- und Bürgerversammlungen sectionsweise abstimmen. Besitzen die Sectionen besonderes Gemeinvermögen, so kann jede ihre Räthe ohne Bezug der andern Sectionen wählen. Für die Gemeinden von acht hundert Stimmenden ist diese Abstimmungsart vorgeschrieben.

Art. 57. Die Einrichtung und die übrigen Befugnisse der bezeichneten Räthe werden vom Gesetze bestimmt.

Art. 58. Der Staatsrath übt die Aufsicht über die Gemeinde- und Bürgerverwaltung aus.

Er soll dabei interveniren so oft seitens eines oder mehrerer Betheiligten Klage erhoben wird.

Sechster Titel.

Wahlart, Bedingungen der Wahlfähigkeit, Dauer der öffentlichen Ämter.

Art. 59. Die Gesandten in den Großen Rath werden für jeden Bezirk directe im Verhältniß von einem auf tausend Seelen Bevölkerung gewählt.

Die Bruchzahl von fünf hundert und ein wird für tausend gerechnet.

Die Volksabstimmung findet in der Gemeinde statt.

Die Wahl geschieht bezirks- oder kreisweise.

Die kreisweise Wahl wird nur auf Begehren einer oder mehrerer Gemeinden des gleichen Bezirkes, welche die zu einem oder mehreren Gesandten erforderliche Volkszahl haben, stattfinden.

In diesem Falle ist die Bildung unabhängiger Wahlkreise obligatorisch.

Art. 60. Der Große Rath, der Staatsrath, das

Appellationsgericht und die Bezirksgerichte unterliegen alle vier Jahre einer neuen Wahl;

Die Gemeinde- und Bürgerräthe und die Gemeinderichter alle zwei Jahre;

Die Präsidenten und Vicepräsidenten des Staatsraths und des Appellationsgerichts alljährlich.

Der Präsident des Staatsraths ist zu dieser Stelle unmittelbar nicht wieder wählbar.

Art. 61. Der Walliserbürger kann, vor erfüllten zwanzig Jahren, seine politischen Rechte nicht ausüben.

Art. 62. Niemand kann in zwei Gemeinden stimmen.

Art. 63. Um zu einem öffentlichen Amte wählbar zu sein, muß man volljährig und fähig sein bei Urversammlungen zu stimmen.

Art. 64. Die geistlichen und bürgerlichen Amtsverrichtungen sind unverträglich.

Art. 65. Der ausländische bürgerliche oder militärische Dienst ist unvereinbar mit öffentlichen Ämtern und mit der Ausübung der politischen Rechte.

Art. 66. Es können nicht, zu gleicher Zeit, im Staatsrathe oder in einem Gerichtshofe sitzen:

1) Vater und Sohn;

- 2) Stiefvater und Stiefsohn, Schwiegervater und Schwiegersohn ;
- 3) Brüder, Halbbrüder und Stiefbrüder ;
- 4) Schwäger ;
- 5) Oheim und Nefse.

Die unter N^o 1 und 2 vorgesehenen Unverträglichkeiten sind auch auf die Gemeinde- und Bürgerräthe anwendbar.

Art. 67. Die Dienstboten können in den Gemeinden wo sie wohnen nur insofern stimmen als sie daselbst die öffentlichen Lasten tragen.

Art. 68. Es können weder stimmen noch gewählt werden. :

- 1) diejenigen welche dem Publikum oder den Wohlthätigkeitsanstalten gewöhnlich zur Last fallen ;
- 2) diejenigen deren Zahlungsunfähigkeit mittelst eines Urtheils oder Karenzactes erwiesen ist; es wäre denn, daß diese Zahlungsunfähigkeit aufgehort hätte, oder von unabwendbarer Gewalt oder ererbten Schulden herrührte;
- 3) die Interdicirten, die Wahnsinnigen und solche deren Blödsinnigkeit allgemein anerkannt ist ;

- 4) diejenigen auf denen ein entehrendes Urtheil lastet oder die wegen Diebstahls oder Verfälschungsverbrechen sind verurtheilt worden;
- 5) diejenigen welche die Mittel besitzend, den persönlichen Antheil an den Schulden ihrer Eltern zu bezahlen, der Erbschaft derselben entsagt haben.

Das Gesetz kann andere Ausschließungsfälle bezeichnen.

Art. 69. Der Beamtete, welcher sich in einem der im 68. Artikel erwähnten Fällen betreten läßt, ist ohne weiters seines Amtes entsetzt.

Siebenter Titel.

Allgemeine Bestimmungen, Revisionsmodus.

Art. 70. Die Vollziehungsgewalt sorgt für die Bekanntmachung der Gesetze und Dekrete und bestimmt den Tag der Vollziehbarkeit derselben.

Zwischen dem Tage des Schlußes der Session, in welcher ein Gesetz ist getragen worden, und der Inkraftsetzung des letztern darf nicht ein Zwischenraum

von mehr als dreißig Tagen belassen werden , es sei denn daß der Große Rath es anders beschlossen hätte.

Art. 71. Die gegenwärtiger Verfassung nicht zuwiderlaufenden Gesetze Dekrete, Beschlüsse und Reglemente bleiben in Kraft , bis sie gesetzlich widerrufen werden.

Art. 72. Jede Abänderung der Grundlage des bestehenden Finanzsystems und jede Erhöhung des Steuerfußes sollen dem Volke zur Genehmigung unterlegt werden.

Art. 73. Die gegenwärtige Verfassung thut demjenigen keinen Eintrag , was durch ein die Verhältnisse zwischen Kirche und Staat regulirendes Konkordat wird festgesetzt werden.

Art. 74. Jedes von sechs tausend Activbürgern in der vom Gesetze bestimmten Form gestellte Revisionsbegehren soll dem Entscheide der Urversammlungen unterlegt werden.

Im Bejahungsfalle haben diese gleichzeitig zu entscheiden ob die Revision durch den Großen Rath oder einen Verfassungsrath solle vorgenommen werden.

Auch der Große Rath kann die Verfassung nach den für die Bearbeitung der Gesetze bestimmten For-

men, zufolge Anerkennung der Zweckmäßigkeit der Revision in zwei ordenlichen Sessionen, revidiren.

Die revidirte Verfassung wird in jedem Falle dem Volke zur Genehmigung unterlegt.

Art. 75. Das Gesetz über die Verwaltungstreifigkeiten, dasjenige über die Ausübung des Niederlassungs-Gewerbs- und Kunstrechte, und jenes über die Gerichtsorganisation sollen vor dem 1. Januar 1856 veröffentlicht werden.

Gegeben im konstituirenden Großrathe, zu Sitten, dem 23. Dezember 1852.

Der Präsident,

R. L. de Bons.

Die Sekretäre,

Met.—Ribordy.

